

Gastbeitrag von **Klemens Joos**

## Wer den EU-Binnenmarkt abwürgt, würgt die Zukunft der EU ab

Teilen Pocket 14



Symbolbild EU-Binnenmarkt.

Zhang Cheng/XinHua/dpa

FOCUS-online-Gastautor **Klemens Joos**

Sonntag, 26.03.2023, 12:55

**Der 30-jährige Geburtstag des EU-Binnenmarkts sorgte kaum für Aufmerksamkeit. Dabei sind die Probleme der EU nicht kleiner geworden. Aus der fehlenden Regierungsfähigkeit der EU und dem Unvermögen der Mitgliedsstaaten EU-Verträge fortzuschreiben, erwächst ein falscher Aktionismus.**

Von einer größeren Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hat eine der wichtigsten und erfolgreichsten Institutionen der Europäischen Union (EU) in diesem Jahr 30jährigen Geburtstag gefeiert: Der EU-Binnenmarkt, der seit dem 1. Januar 1993 die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellt. Er war und ist damit das Versprechen wirtschaftlicher Freiheit, der Wohlstandsmotor für die Bürger der EU und damit die Hauptattraktion für beitrittswillige Staaten.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat **zum Geburtstag** die Verdienste des EU-Binnenmarkts auf den Punkt gebracht: „440 Millionen Verbraucher profitieren heute von einer größeren und günstigeren Auswahl an Waren, 17 Millionen Menschen leben oder arbeiten in einem anderen EU-Staat, 24 Millionen Unternehmen sitzen im Binnenmarkt und produzieren dort 15 Prozent aller auf der Welt gehandelten Güter. Die Ausfuhr innerhalb der EU, also von einem in den anderen EU-Staat, hat sich seit Anfang 1993 verfünffacht.“

### EU-Binnenmarkt gerät in Vergessenheit

Umso erstaunlicher der fast vergessene Geburtstag des EU-Binnenmarkts. Die geringe Aufmerksamkeit könnte man vielleicht damit erklären, dass die Welt mit dem Ukraine-Krieg gerade große Probleme hat. Oder es verhält sich mit dem EU-Binnenmarkt wie mit der Gesundheit: Man bemerkt sie erst, wenn sie fehlt, solange sie da ist, ist sie selbstverständlich. Doch die Ursachen liegen tiefer und sind beunruhigend. Die Idee der Marktwirtschaft hat viel an Strahlkraft und an Anhang unter den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und in der EU-Kommission selbst eingebüßt.

Dazu haben sicher die Corona-Jahre beigetragen, in denen vor allem zu Beginn der staatlichen Ebene eine enorme Handlungskompetenz zuwuchs. Davon zunächst durchaus überrascht und wegen der verschlankten staatlichen Strukturen zum Teil auch überfordert, gewöhnte sich die Exekutive rasch an die neuen Gestaltungsmöglichkeiten, die in vielen Bereichen ein nicht gekanntes Maß des Durchregierens möglich machte. Beinahe zeitgleich mit dem Abflauen der Pandemie überfiel der **russische** Präsident **Wladimir Putin** die Ukraine. Und auch im Krieg dominiert natürlich mitgliedstaatliches Handeln, die regulierende Macht der Märkte tritt – zumindest vorübergehend – in den Hintergrund.



Prof. Dr. Klemens Joos, EU-Experte und TUM-Honorarprofessor.

Nadine Stegemann

### Über den Gastautor

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität **München** und ist Gründer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP

### Vorstellung von einer Planwirtschaft schreckt immer weniger ab

Die EU-Kommission und nicht wenige EU-Mitgliedstaaten haben sich an ihre Rolle als mächtige Akteure mit der Lizenz zum exekutiven Durchgriff nicht nur gewöhnt, sie nutzen sie und mögen von ihren tiefgreifenden Gestaltungsmöglichkeiten gar nicht mehr lassen. Natürlich war in der Überwindung von Masken- und Impfstoff-Mangel in der Pandemie, bei der Entscheidung über Schulschließungen sowie Test- und Quarantänepflichten vor allem staatliches Handeln gefragt.

Und natürlich können Entscheidungen über Krieg und Frieden, über Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen nicht Märkten überlassen werden. Zu beobachten ist indes ein beunruhigender Gewöhnungseffekt: Ganz offenkundig schrecken immer weniger Politiker und leider auch Bürger die Vorstellung von einer Planwirtschaft light ab.

Beinahe zeitgleich werden von Bundesklimaminister Robert Habeck und Bundeswohnungsbauministerin Klara Geywitz sowie vom Europäischen Parlament Pläne vorgestellt, wie die hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudebereich reduziert werden sollen. In Deutschland sollen – nach dem Vorbild des Verbrennungsmotors im Straßenverkehr – Öl- und Gasheizungen per Gesetz schrittweise verboten werden. Das Europäische Parlament möchte hingegen den Gebäuden in der gesamten EU einen verbindlichen Stufenplan zur Steigerung der Energieeffizienz vorgeben. Das hält selbst Bundesministerin Geywitz für einen „unverhältnismäßigen Eingriff in die Eigentumsrechte“ des Grundgesetzes, also für verfassungswidrig.

### EU-Kommission setzt stark auf staatliche Vorschriften

Und die EU-Kommission setzt bei ihrem Green-Deal stark auf staatliche Vorschriften. Künftig sollen z.B. Importe mit einem Klimazoll belegt werden, wenn die Hersteller z.B. **in Asien** oder in den USA für den Ausstoß von Treibhausgasen keine Abgaben zahlen. So sollen Wettbewerbsnachteile für die EU-Wirtschaft verhindert werden. Viel spricht allerdings dafür, dass Asiaten und Amerikaner mit neuen Zöllen für EU-Produkte reagieren werden. In dieses Politikmuster passt die Antwort der EU-Kommission auf den „Inflation Reduction Act (IRA)“, mit dem US-Präsident Joe Biden den grünen Umbau der heimischen Wirtschaft fördern will.

Beihilfen soll es aber vor allem für in den USA produzierte Waren wie zum Beispiel E-Autos geben. Weil die EU-Kommission in der Folge die Abwanderung von Produktionen aus der EU in die USA befürchtet, will sie jetzt einen „europäischen IRA“ (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) ins Werk setzen. Konkret geht es um die Lockerung von Beihilferegeln für erneuerbare Energien und klimafreundliche Technologien in den Mitgliedstaaten.

### Subventionen nicht das wichtigste Instrument um Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen

Mahnende Stimmen zur Vernunft gibt es auch. So warnte die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Margrethe Vestager, zu Jahresbeginn, es würde der Wirtschaft deutlich mehr Vorteile bringen, wenn verbleibende Hürden auf dem EU-Binnenmarkt beseitigt würden, als dies Subventionen vermöchten. Die Wettbewerbs-Kommissarin nennt auch konkrete Zahlen: 713 Milliarden Euro mehr bis 2029.

Die Idee, „dass Subventionen das wichtigste Instrument sind, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen“, hält sie für einen Irrtum. Zurecht, denn im internationalen Wettbewerb bestehen auf Dauer nur Unternehmen, die global konkurrenzfähige Produkte herstellen, und nicht solche, die sich auf das Abschöpfen von Fördergeldern spezialisiert haben und ansonsten auf Schutzzölle vertrauen.

### **Marktwirtschaft kommt unter die Räder**

Dennoch kommt der Gedanke der Marktwirtschaft jeden Tag etwas mehr unter die Räder. Die EU und/oder ihre Mitgliedstaaten geben nicht nur die Ziele vor, sondern auch die Wege dorthin. Sie stellen dafür immer neue Milliarden-Programme bereit: Entweder zur Investitionsförderung oder zum Ausgleich für negative Folgen dieser Politik. In der Folge steigen die Staatsschulden, flüchten sich Unternehmen unter Schutzschilder statt sich im Wettbewerb zu bewähren, verschärft sich die Inflation.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hält dagegen: Wichtig seien Technologie-Offenheit, Wasserstoff-Forschung, ein konsequenter Netzausbau und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Gemeint ist: Der Staat sollte sich darauf beschränken, der Wirtschaft einen Rahmen vorzugeben, den Rest aber dem Markt zu überlassen.

### **Wissenschaft unterstützt Abwendung von Markt und Hinwendung zum Staat**

Die Abwendung vom Markt und die Hinwendung zum Staat findet prominente Unterstützer in der Wissenschaft. Die italienisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin am **Londoner** University College, Mariana Mazzucato, gehört zu den einflussreichsten Stimmen, hat nicht zuletzt das Ohr von Bundeswirtschaftsminister Habeck. Ihr Postulat: „Wir müssen umdenken: Der Staat muss ganze Märkte neu erschaffen. Er muss sie formen, nicht bloß regulieren, wenn sie mal versagen.“ Denn: „Um die grüne Revolution zu starten und gegen den Klimawandel anzugehen, brauchen wir wieder einen aktiven Staat“.

Eine ihrer Schriften hat den richtungsweisenden Titel: „The Entrepreneurial State“ (Der unternehmerische Staat). So führe das Gas-Fracking in den USA zwar zu Wertschöpfung, aber diese Form der Wertschöpfung sei „moralisch falsch“. Das war vor dem Ukraine-Krieg. Heute lässt es sich die Bundesregierung viel Steuergeld kosten, eben dieses Fracking-Gas nach Deutschland zu bringen. Ein Gas, das es nach dem Willen der grünen Staatswirtschaftslehre gar nicht mehr geben dürfte.

### **„Die Mutter aller Probleme“**

Die EU-Kommission stürzt sich nach meiner Überzeugung auch deshalb mit Macht in die Ausgestaltung einer europäischen Staatswirtschaft, weil sie bei der Lösung des Hauptproblems der EU derzeit nicht liefern kann: Die mangelnde Regierungsfähigkeit der Europäischen Union infolge des immer noch in wichtigen Handlungsfeldern bestehenden Prinzips der Einstimmigkeit. Nach wie vor sind zu viele EU-Mitgliedstaaten nicht zu einem mitgliedstaatlichen Machtverzicht zugunsten einer höheren Handlungsfähigkeit und damit Zukunftsfähigkeit der EU bereit.

Ich hatte diese Governance-Krise bereits im Juni 2022 an dieser Stelle als die „Mutter aller Probleme“ identifiziert, ohne deren Lösung es nicht gelingen werde, mit anderen Big Playern wie **China** oder den USA auf Augenhöhe zu kommen. Das Prinzip der Einstimmigkeit besteht bei den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Außengrenze, sowie Haushalt/Währung fort. Deshalb überrascht es nicht, dass die EU in den großen Krisen der Vergangenheit – Ukraine, Flüchtlinge/Asyl/ und Euro – in den Augen der Bürger mehr oder minder versagt hat.

### **Übergang zu Mehrheitsentscheidungen?**

Es besteht dazu kein Erkenntnisdefizit innerhalb der EU, sondern ein massives Handlungsdefizit. Im Mai vergangenen Jahres forderte der **französische** Präsident Emmanuel Macron zum Abschluss der Straßburger „Konferenz zur Zukunft Europas“ institutionelle Reformen und stellte konkret das Prinzip der Einstimmigkeit in Frage. Wenn die EU sich schneller entwickeln wolle, mache dieses Prinzip keinen Sinn mehr. In der Tat: 27 Staaten können sich in der Regel höchstens auf den kleinen gemeinsamen Nenner verständigen, wenn überhaupt.

Aktuelles Beispiel: Mehr Flüchtlinge denn je strömen in die EU – über das Mittelmeer, vor allem aus der Ukraine. Doch der EU gelingt es nicht, sich auf eine gemeinsame Anstrengung zur gleichmäßigen Verteilung der daraus erwachsenden Lasten zu verständigen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat das Problem in seiner Prager Rede im August 2022 adressiert: Er schlug vor, „in der Gemeinsamen Außenpolitik, aber auch in anderen Bereichen, wie der Steuerpolitik, schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen.“

Leider ist der Schwung des Sommers 2022 vollständig verebbt. Stattdessen ist der eingangs beschriebene Aktionismus vor allem der EU-Kommission in den Bereichen Klima- und Industriepolitik zu beobachten – eine staatlich gelenkte Ökologie-Agenda mit industriepolitischem Anstrich. Manch einer **in Brüssel** würde am liebsten die für notwendig erachteten Batterie- und Chip-Fabriken gleich selbst bauen, statt sie „nur“ mit massiver Förderung zu bewirken.

### **Fehlanreize können zu EU-Binnenmarkt-Versagen führen**

Hier entsteht ein bedrohlicher Teufelskreis in der EU: Aus dem Unvermögen, die eigene Regierungsfähigkeit zu verbessern, erwächst ein falscher Aktionismus im Bereich Klima- und Industriepolitik mit Eingriffen in marktwirtschaftliche Kernprinzipien. Der daraus resultierende hohe Finanzbedarf für Subventionen für Unternehmen und soziale Beihilfen für Bürger wird die Verschuldung in die Höhe treiben und den EU-Binnenmarkt für Investoren weniger attraktiv machen.

Die Fehlanreize dieser Planwirtschaft *light* können zu einem EU-Binnenmarkt-Versagen mit erheblichen Verwerfungen in den EU-Mitgliedstaaten führen, die die Vertrauenskrise bei den Bürgern in die EU verschärfen würde. Mit einem Wort: Wer den EU-Binnenmarkt schwächt oder aushebelt, legt Hand an das Versprechen von Freiheit, ökonomischem Aufstieg und sozialer Sicherheit der Europäischen Union. Der EU-Binnenmarkt war und ist der Motor der europäischen Integration. Wer ihn abwürgt, würgt die Zukunft der EU ab.

[https://www.focus.de/finanzen/wer-den-eu-binnenmarkt-abwuergt-wuergt-die-zukunft-der-eu-ab\\_id\\_189379717.html](https://www.focus.de/finanzen/wer-den-eu-binnenmarkt-abwuergt-wuergt-die-zukunft-der-eu-ab_id_189379717.html)

Abgerufen am 27.03.2023

## **Whoever strangles the EU internal market, strangles the future of the EU**

(Prof Dr Klemens Joos, EU-Expert and TUM Honorary Professor)

FIRST PUBLISHED ONLINE IN "FOCUS ONLINE" (26.03.2023)

**The 30th anniversary of the EU's internal market hardly attracted any attention. Yet the problems of the EU have not exactly become smaller. The EU's lack of governability and the inability of the member states to renew EU treaties are giving rise to a false kind of actionism.**

Largely unnoticed by a wider public, one of the most important and successful institutions of the European Union (EU) celebrated its 30th anniversary this year: The EU internal market, which ensures the free movement of goods, services, capital and people between member states since 1 January 1993. It was and still is the promise of economic freedom, the engine of prosperity for the citizens of the EU and thus the main attraction for applicant states.

The Frankfurter Allgemeine Zeitung summed up the merits of the EU internal market on its birthday: "440 million consumers now benefit from a wider and cheaper choice of goods, 17 million people live or work in another EU state, 24 million companies are located in the internal market and produce 15 percent of all goods traded in the world in it. Exports within the EU, from one EU country to another, have increased fivefold since the beginning of 1993."

### **EU internal market falls into oblivion**

This makes the almost forgotten birthday of the EU internal market even more astonishing. The lack of attention could perhaps be explained by the fact that the world is currently facing major problems with the Ukraine war. Or maybe the EU's internal market is like health: you only notice it when it is missing, as long as it is there, it is taken for granted. However, the causes lie deeper and are disturbing. The idea of the market economy has lost much of its appeal and support among the governments of the EU member states and in the EU Commission itself.

Certainly, the Corona years played a part in this, especially at the beginning, when the state level gained an enormous amount of competence to act. Initially quite surprised by this and partly overwhelmed by the slimmed-down state structures, the executive quickly got used to the new possibilities for action, which made an unprecedented degree of governing possible in many areas. Almost at the same time as the pandemic was wearing down, Russian President Vladimir Putin invaded Ukraine. Moreover, in wartime, member state action naturally dominates, the regulating power of the markets recedes - at least temporarily - into the background.

### **The idea of a planned economy is becoming less and less frightening**

The EU Commission and quite a few EU member states have not only got used to their role as powerful actors with the licence for executive intervention, they use it and do not want to let go of their far-reaching possibilities. Clearly, in overcoming the shortage of masks and vaccines during the pandemic, in deciding on school closures as well as testing and quarantine obligations, state action was required above all.

And of course, decisions on war and peace, on arms supplies and economic sanctions cannot be left to the markets. However, a worrying habituation effect can be observed: quite obviously, less and less politicians and unfortunately citizens are put off by the idea of a planned economy light.

Almost simultaneously, Federal Climate Minister Robert Habeck and Federal Housing Minister Klara Geywitz, as well as the European Parliament, are presenting plans on how to reduce high CO2 emissions in the building sector. In Germany - following the example of the internal combustion engine in road traffic - oil and gas heating systems are to be gradually banned by law. The European Parliament, meanwhile, wants to impose a binding step-by-step plan for increasing energy efficiency on buildings throughout the EU. Even Federal Minister Geywitz considers this a "disproportionate encroachment on the property rights" of the Basic Law, in other words unconstitutional.

## **EU Commission relies heavily on state regulations**

Moreover, the EU Commission is relying heavily on state regulations in its Green Deal. In future, for example, imports will be subject to a climate duty if manufacturers in Asia or the USA, for instance, do not pay any levies for greenhouse gas emissions. This is intended to prevent competitive disadvantages for the EU economy. However, there is much to suggest that Asians and Americans will react with new customs duties on EU products. In this policy pattern fits the EU Commission's response to the "Inflation Reduction Act (IRA)", with which US President Joe Biden wants to promote the green restructuring of the domestic economy.

However, subsidies are to be granted primarily for goods produced in the USA, such as e-cars. As the EU Commission fears the migration of production from the EU to the USA as a result, it now wants to set a "European IRA" (EU Commission President Ursula von der Leyen) in motion. In concrete terms, this involves the relaxation of state aid rules for renewable energies and climate-friendly technologies in the member states.

## **Subsidies not the most crucial instrument to increase competitiveness**

There are also voices calling for common sense. The Vice-President of the EU Commission, Margrethe Vestager, warned at the beginning of the year that rather than subsidies, it would bring significantly more benefits to the economy if remaining obstacles in the EU internal market were removed instead. The Competition Commissioner also names concrete numbers: 713 billion euros more by 2029.

The idea that "subsidies are the most important instrument to increase competitiveness", she considers a mistake. Rightly so, because in the long run only companies that produce globally competitive products will survive in international competition, and not those that specialise in skimming off subsidies and otherwise rely on protective custom duties.

## **Market economy suffers severely**

Nevertheless, the idea of a market economy is being undermined a little more each day. The EU and/or its member states not only set the goals, but also the ways to achieve them. They provide ever new programmes worth billions for this purpose: either to promote investment or to compensate for the negative consequences of this policy. As a result, national debts rise, companies take refuge under protective shields instead of proving themselves in competition, inflation increases.

The German National Academy of Sciences Leopoldina counters: What is important is technological openness, hydrogen research, a consistent expansion of the grid and CO2 pricing. Meaning: The state should limit itself to providing the economy with a framework, but leave the rest to the market.

## **Science supports shift away from the market and towards the state**

The move away from the market and towards the state has prominent supporters in science. The Italian-American economist at London's University College, Mariana Mazzucato, is one of the most influential voices and has the ear, not least, of the Federal Economy Minister Habeck. Her postulate: "We have to rethink: the state has to create entire new markets. It must shape them, not merely regulate them when they fail." Because: "In order to start the green revolution and tackle climate change, we need an active state again".

One of her writings has the landmark title: "The Entrepreneurial State". Gas fracking in the USA, for example, creates value, but this form of value creation is "morally wrong". That was before the Ukraine war. Today, the German government is spending a lot of tax money to bring this fracking gas to Germany. A gas that, according to the will of the green state economy, should no longer exist.

## **"The mother of all problems"**

In my view, the EU Commission is forcefully trying to shape a European state economy because it is currently unable to deliver in solving the EU's main problem: The European Union's lack of governance capacity as a result of the principle of unanimity is still existing in important areas of policy action. Still too many EU member states are not prepared to surrender member state power in favour of a greater capacity to act and thus the future viability of the EU.

I already identified this governance crisis here in June 2022 as the "mother of all problems". Without a solution, it will not be possible to be on a level playing field with other big players such as China or the USA. The principle of unanimity persists in the areas of Foreign and Security Policy, External Borders, and Budget/Currency. It is therefore not surprising that the EU has more or less failed in the eyes of the citizens in the major crises of the past - Ukraine, refugees/asylum and the euro.

### **Transition to majority decision-making?**

There is not a lack of knowledge within the EU, but a massive lack of activity. In May last year, at the end of the Strasbourg "Conference on the Future of Europe", French President Emmanuel Macron called for institutional reforms and explicitly questioned the principle of unanimity. If the EU wants to develop faster, this principle no longer makes sense. Indeed: 27 states can usually agree on the small common denominator at best, if at all.

A recent example: More refugees than ever are streaming into the EU - across the Mediterranean, especially from Ukraine. Yet the EU is unable to reach an agreement on a joint effort to share the resulting burden equally. German Chancellor Olaf Scholz also addressed the problem in his Prague speech in August 2022: He suggested "gradually moving to majority decisions in the Common Foreign Policy, but also in other areas, such as tax policy."

Unfortunately, the momentum of the summer of 2022 has completely ebbed away. Instead, the actionism described at the beginning, especially of the EU Commission in the areas of climate and industrial policy, can be observed - a state-directed ecology agenda with an industrial policy veneer. Some in Brussels would prefer to build the battery and chip factories they consider necessary themselves, instead of "only" supporting them with massive subsidies.

### **Disincentives can lead to the failure of the EU internal market**

A threatening vicious circle is emerging here in the EU: from the inability to improve its own governance capacity, false actionism in the field of climate and industrial policy with interventions in core market principles is emerging. The resulting high financial demand for subsidies for companies and social aid for citizens will drive up debt and make the EU internal market less attractive for investors.

The wrong incentives of this planned economy *light* could lead to an EU internal market failure with considerable disruptions in the EU member states, which would exacerbate the crisis of confidence in the EU among its citizens. In a nutshell: Anyone who weakens or undermines the EU's internal market is tampering with the European Union's promise of freedom, economic advancement and social security. The EU internal market was and is the engine of European integration. Whoever strangles it, strangles the future of the EU.